

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Inhaltsverzeichnis

- | | | | |
|----|--|----|---|
| 02 | Generaldebatte: Keine Politik mehr zulasten künftiger Generationen | 08 | Planung des NSA-Untersuchungsausschusses |
| 03 | Parlament berät Haushaltsentwurf | 10 | Klausur der SPD-Fraktion |
| 04 | Haushalt 2015: keine neuen Schulden, viel Gestaltung | 11 | Die Fraktion wird 65 Jahre alt |
| 06 | Pressestatement von Thomas Oppermann | 12 | Gedenken an Ausbruch des Zweiten Weltkriegs |
| 06 | SPD-Fraktion stimmt Hilfen für Irak zu | | |

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE JOHANNA AGCI, JASMIN HIHAT, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER
LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, MATTHIAS SCHMIDT
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 12.09.2014 12.00 UHR

TOP-THEMA

Generaldebatte: Keine Politik mehr zulasten künftiger Generationen

Traditionell ist die Beratung des Etats Bundeskanzleramt in einer Haushaltswoche Anlass zur so genannten Generaldebatte im Bundestag. Die Regierung bzw. die Regierungsfractionen stellen ihr Arbeitsprogramm vor und thematisieren wichtige Grundsatzvorhaben, die Opposition setzt sich kritisch mit der Arbeit der Regierung auseinander.

Oppermann machte in seiner Rede einen Parcours über die wichtigsten Themenfelder. Dabei widmete er sich ausführlich der Krise in der Ukraine. Es sei ein starkes Signal vom Nato-Gipfel ausgegangen, bei dem alle 28 Mitgliedsländer eine gemeinsame Linie gezeigt hätten. „Die Nato und die EU stehen fest zusammen“, sagte Oppermann. Er warnte zugleich vor einem „Kleinreden der Sanktionen“ und der diplomatischen Bemühungen, denn: „Diese Krise lässt sich nicht mit militärischen Mitteln lösen“.

Keine neuen Schulden mehr 2015

Ein großer Aspekt seiner Ausführungen war die deutsche Wirtschaft, die momentan recht gut dastehe (Ausfuhrrekord, starke Binnennachfrage, hohe Steuereinnahmen). Deshalb sei es so wichtig, erstmals einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen, den für das Jahr 2015. „Das ist eine historische Zäsur“, sagte Oppermann. Nur mit einem ausreichenden finanziellen Spielraum könne der Staat investieren und gestalten. Das wichtigste Signal dieses ausgeglichenen Haushalts aber sei: „Wir betreiben keine Politik zulasten künftiger Generationen“. Der Fraktionschef zählte auf, wie stark die Länder und Kommunen in den nächsten Jahren vom Bund unterstützt werden, einige Leistungen werden sogar komplett vom Bund übernommen (Bafög).

Und doch: Es droht ein Investitionsstau, konstatierte Oppermann. Das könne zum Problem der ganzen Volkswirtschaft werden. „Wir leben momentan von der Substanz“, so Oppermann. Allein beim Verkehr müssten 7 Milliarden Euro mehr pro Jahr investiert werden.

Deshalb komme es nun auf zwei Dinge an. Erstens: Die Mautdebatte dürfe nicht verengt werden auf die PKW-Maut, sondern müsse auch die LKW-Maut erfassen. Die nämlich soll, fordert Oppermann, erweitert werden. Es müsse stark in Engpassstellen des Verkehrs investiert werden. Daraus folgt zweitens: „Wir müssen kreative Wege suchen, wie privates Kapital stärker in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden kann – sofern das effizient und wirtschaftlich geschieht.“ Als Beispiel nannte Oppermann die großen Lebensversicherer. Die könnten künftig ihr Kapital zum Beispiel in die erneuerbaren Energien investieren statt in unsichere Finanzprodukte. Er stellt aber auch klar: „Autobahnen und Schienen bleiben öffentliches Eigentum“. Investitionen seien „kein Feld für ideologische Auseinandersetzungen“.

Oppermann verwies auch auf den Fachkräftemangel. Diesem könne unter anderem begegnet werden mit besserer Nachqualifizierung von jungen Menschen. Dazu zähle auch die starke Erhöhung des Bafögs von 2016 an.

Frauenquote muss kommen

In dem Zusammenhang bekräftigte Oppermann, dass die Koalition mehr für Familien tun werde, etwa mit dem Elterngeld plus und einem Pflegezeitgesetz. Ebenso werde die Frauenquote kommen. Die Männerdominanz in Aufsichtsräten habe mit einem Leistungsprinzip nichts zu tun.

Auch bei den explodierenden Mieten in Ballungsräumen werde die Koalition aktiv. Oppermann: „Die Mietpreisbremse muss kommen“. Die soziale Verdrängung dürfe so nicht weitergehen.

Schließlich mahnte Oppermann, die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme nicht allein zu lassen. Es sei klar, dass Deutschland Flüchtlinge aufnehme. Oppermann appellierte, dass es notwendig sei, sich vor allem auf diejenigen zu konzentrieren, die wirklich aus Kriegsgebieten kämen und in Not seien. Er kündigte an: „Wir wollen ein europäisches Flüchtlingskonzept“. Die SPD-Fraktion werde dabei Bundesinnenminister De Maizière unterstützen.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann war schon am Ende seiner Rede im Bundestag angekommen, als er auf eines der wichtigsten Themen hinwies, die das Parlament beschäftigen: die zunehmend geringe Beteiligung an Wahlen in Deutschland. Jüngstes Beispiel ist die Landtagswahl in Sachsen. Oppermann mahnte: „Wir dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen, denn durch so geringe Wahlbeteiligung steigt der Einfluss rechtsextremer Parteien“. Die Politik dürfe diese Abwendung von der Demokratie nicht hinnehmen. Darum schlägt Oppermann ein Bündnis zur Wahlbeteiligung vor, getragen von allen Fraktionen im Bundestag.

Die SPD-Abgeordnete Bettina Hagedorn sekundierte, dass die erfreuliche Nachricht über den Haushalt 2015 vor allem so gut sei, weil die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates nicht darunter leiden werde. Auch sie mahnte mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur an. Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) sind für sie in dem Kontext eine Maßnahme, vermögende Deutsche zu motivieren, ihr Kapital nicht im Ausland, sondern zum Beispiel in der hiesigen Infrastruktur zu investieren. Voraussetzung: Kontrolle durch das Parlament, Transparenz und Wirtschaftlichkeit.

Bundestag berät Haushaltsentwurf 2015 der Bundesregierung

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in 1. Lesung den Entwurf des Bundeshaushalts der Bundesregierung für das Jahr 2015 diskutiert. Am 9. September erfolgte die Einbringung des Bundeshaushalts 2015 im Parlament mit der anschließenden allgemeinen Finanzdebatte (Drs. 18/2000).

„Mit dem Haushalt 2015, den die Regierung eingebracht hat, beginnt eine Zeitwende“, sagte SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider in der Debatte. Es sei der erste Bundeshaushalt seit mehreren Jahrzehnten, der den Versuch unternehme, ohne Neuverschuldung auszukommen. Schneider hoffe, dass dies zu schaffen ist. Einen Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung hatte es das letzte Mal 1969 gegeben. Die Große Koalition der 16. Wahlperiode hatte die Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte beschlossen. Der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD sieht einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung sowie die Sicherstellung der Investitionskraft von Bund, Ländern und Gemeinden in Verantwortung für künftige Generationen vor.

Ausgaben von fast 300 Milliarden Euro vorgesehen

Insgesamt umfasst der Bundeshaushalt 2015 Ausgaben in Höhe von 299,5 Milliarden Euro. Das sind 3 Milliarden Euro mehr als 2014. Für Verkehrsinvestitionen in Straßen, Schiene und Wasserstraßen wird 2015 1 Milliarde Euro zusätzlich bereitgestellt. Auch für die Städtebauförderung mit dem Programm Soziale Stadt stehen 2015 wieder 700 Millionen Euro zur Verfügung. Ab 1. Januar 2015 übernimmt der Bund die Finanzierung des BAföG vollständig. Damit entlastet er die Länder um mindestens 1,17 Milliarden Euro. Für den Forschungsetat gibt es im nächsten Jahr 200 Millionen Euro mehr. Für die Eingliederung von Arbeitsuchenden in den Arbeitsmarkt stehen auch 2015 wieder 350 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Und schließlich werden Städte und Gemeinden im kommenden Jahr um eine weitere Milliarde Euro entlastet. Das bedeutet für 2015 einen um 500 Millionen Euro höheren Anteil für den Bund an

den Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie einen um 500 Millionen Euro höheren Anteil der Kommunen an der Mehrwertsteuer.

Carsten Schneider machte in der Debatte auch deutlich, dass es in Bezug auf die Steuerpolitik und die Verteilungsfrage bei SPD und Union unterschiedliche Standpunkte gibt. Doch man habe es erreicht, dass die Binnennachfrage künftig gestärkt werde. „Das Wichtigste ist dabei die ab Januar 2015 beginnende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns“, sagte Schneider. Dies bedeute zum Beispiel für ein Drittel der Beschäftigten in Thüringen, „die größte Lohnerhöhung, die sie je erreicht haben“. Schneider unterstrich zudem die Notwendigkeit höherer Tarifabschlüsse, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der gesamten finanzwirtschaftlichen Leistung stärker zu beteiligen.

Deutschland braucht mehr Investitionen

Schneider stellte klar, dass Deutschland mehr öffentliche und private Zukunftsinvestitionen brauche. Die Große Koalition wird deshalb die Investitionen in dieser Wahlperiode in die Verkehrsinfrastruktur um 5 Milliarden Euro, in Bildung um 6 Milliarden Euro und in die Forschung um 3 Milliarden Euro erhöhen. Schneider ist sich sicher, dass dies jedoch nicht ausreichen werde. Aus diesem Grund unterstützt er die Überlegungen von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) und Finanzminister Schäuble, Sparkapital in Deutschland für Investitionen in Unternehmen und in die öffentliche Infrastruktur zu akquirieren. Nur durch Investitionen könne Deutschland zukunftsfähig bleiben. Für eine Exportnation wie Deutschland sei es außerdem wichtig, dass der europäische Binnenmarkt funktioniere, deshalb seien zusätzliche Wachstumsimpulse notwendig. Um die Verursacher an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen, erwartet Schneider für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer substanzielle Fortschritte auf europäischer Ebene.

Parlament wird in Haushaltsberatungen Prioritäten setzen

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Johannes Kahrs, erinnerte daran, dass der Bund im Jahr 2013 noch 22 Milliarden Euro neue Schulden machen musste. Im Jahr 2014 sind es immerhin noch 6,5 Milliarden Euro. In den letzten Haushalten sei vorbereitet worden, dass für 2015 keine Neuverschuldung vorgesehen sei. Deutschland müsse auch im Sinne der Generationengerechtigkeit solide wirtschaften und dürfe nicht in eine ähnlich schlechte Lage wie andere europäische Länder kommen.

Kahrs kündigte an, dass das Parlament in den kommenden Haushaltsberatungen Prioritäten vor allem bei Investitionen setzen werde. Mit Blick auf den gestiegenen Verkehrsinvestitionsetat forderte er im Sinne der Bürgerinnen und Bürger mehr Transparenz und Kontrolle.

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Lothar Binding, zeigte auf, wie wichtig es ist, dass der deutsche Schuldenberg von rund 2 Billionen Euro nicht weiter wachse. Dazu gehöre auch, dass die Einzelpläne der Ressorts nicht automatisch wachsen könnten. Binding sprach sich für international faire Steuerpolitik aus, damit dem Staat keine Einnahmen durch Steuergestaltung und Auslandsverlagerungen entgingen.

Haushalt 2015

Unser Ziel: keine Schulden, viel Gestaltung

Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden – das soll 2015 zum ersten Mal nach vierzig Jahren wieder gelingen. Zu Recht wird die Große Koalition von allen Seiten dafür gelobt. Denn hier geht es nicht einfach um eine historische Wegmarke, sondern um Gerechtigkeit, vor allem um Generationengerechtigkeit. Die Last der Schulden trägt hauptsächlich immer die nächste Generation. Wer Schulden macht, die er selbst nicht mehr zurückzahlen kann, der bestiehlt seine Kinder und Enkelkinder. Damit muss jetzt endlich Schluss sein.

Dass gute Haushaltspolitik nicht nur Sparen bedeutet, sondern auch Gestaltung, hat die Koalition bereits mit dem Haushalt für 2014 bewiesen. Sie setzt diese Linie jetzt mit dem Entwurf für 2015 konsequent fort. Im Vordergrund steht dabei weiterhin die Umsetzung der „prioritären Maßnahmen“ aus dem Koalitionsvertrag:

Wir entlasten die Kommunen um 1 Milliarde Euro pro Jahr im Vorgriff auf ein Bundesteilhabegesetz. Für den Haushalt 2015 bedeutet das:

- 500 Mio. Euro höherer Bundesanteil an Kosten der Unterkunft,
- 500 Mio. Euro höherer Gemeindeanteil an Umsatzsteuer.

Wir entlasten die Länder um 6 Milliarden Euro über die Wahlperiode für Bildungsaufgaben, für Kinderkrippen, für Kitas, für Schulen und Hochschulen. Für 2015 heißt das vor allem: Vom 1. Januar 2015 an finanziert der Bund das Bafög alleine. Für die Länder bedeutet das eine Entlastung um mindestens 1,17 Milliarden Euro pro Jahr.

Für Forschung stellen wir in der Wahlperiode 3 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Nachdem Bund und Länder sich geeinigt haben, wie das am besten geschieht, sind jetzt die ersten 200 Millionen Euro im Haushalt 2015 eingeplant:

- für eine Steigerung beim Pakt für Forschung und Innovation,
- für eine Erhöhung der DFG-Programmpauschale,
- und für erhöhte Forschungsausgaben im Bildungs- und Forschungsministerium, im Wirtschaftsministerium und in anderen Ministerien.

Kurs hält die Koalition auch bei den Investitionen in unsere Verkehrsinfrastruktur:

5 Milliarden Euro zusätzlich in dieser Wahlperiode haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Im Bundeshaushalt 2015 bedeutet das: 1 Milliarde mehr als in der alten Finanzplanung vorgesehen. Davon:

- 700 Mio. Euro für die Straße,
- 200 Mio. Euro für die Schiene und
- 100 Mio. Euro für die Wasserstraße.

Die SPD hat auch durchgesetzt, dass die Große Koalition wieder mehr für den Städtebau tut: 600 Millionen Euro gibt es zusätzlich in der Wahlperiode, damit die Programmmittel in jedem einzelnen Jahr wieder auf 700 Millionen Euro ansteigen können.

Das werden wir auch 2015 wieder so umsetzen. Investiert wird hier sowohl in konkrete Baumaßnahmen, aber auch in das Programm „Soziale Stadt“.

Mehr Geld gibt es wie versprochen auch:

- für die Entwicklungszusammenarbeit: 400 Mio. Euro zusätzlich für 2015;
- für die Eingliederung Arbeitsuchender: auch 2015 stehen hier wieder 350 Mio. Euro zusätzlich zu Verfügung, um den Menschen zu helfen, die es trotz guter Wirtschaftslage schwer haben, einen Job zu finden.

Mit dem Haushalt 2015 halten wir also Kurs auf dem Weg, keine neuen Schulden mehr aufzunehmen, ohne unseren politischen Gestaltungswillen abzulegen. Wir investieren in Deutschlands Zukunft und halten unsere Versprechen. Da, wo der Entwurf der Regierung aus unserer Sicht noch Nachbesserungsbedarf enthält, werden wir dies verantwortungsvoll tun. Wo immer möglich, werden wir versuchen, durch Umschichtungen Investitionen noch weiter zu stärken. Über zusätzliche finanzielle Spielräume sollte sich dabei jedoch niemand Illusionen hingeben. Die wirtschaftlichen Unsicherheiten, etwa im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt, zeigen: Das historische Ziel eines Haushaltes ohne neuen Schulden ist kein Selbstläufer.

PRESSESTATEMENT**Oppermann: Keine Paralleljustiz in Deutschland**

Die Sommerpause endet, der Bundestag beginnt mit den Haushaltsberatungen. SPD-Fraktionschef Oppermann kündigt einen Haushalt 2015 ohne neue Schulden an. Er nimmt Stellung zum Salafismus, der Ukraine und der PKW-Maut.

Bei der PKW-Maut gebe es einen „unüberhörbaren Streit beim Koalitionspartner“; dies sei aber ein Unions-interner Streit, so Oppermann. Es gebe vielfältige Bedenken in den CDU-Landesverbänden gegen die PKW-Maut. Doch in innere Angelegenheiten des Koalitionspartners mische sich die SPD-Bundestagsfraktion nicht ein: „Die SPD steht zum Koalitionsvertrag“. Und darauf müsse der Gesetzentwurf basieren. Verkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) solle nun den Gesetzentwurf vorlegen. Dieser werde dann von Bundestag und Bundesrat beraten, so Oppermann.

Keine Scharia-Polizei in Deutschland

Mit Blick auf die Ukraine konstatierte Oppermann, dass es gut sei, einen Waffenstillstand vereinbart zu haben. Schlecht sei es, dass der nun brüchig werde. Ein Waffenstillstand sei „die Grundlage für einen Friedensprozess“.

Zu dem Thema Salafismus („Scharia-Polizei“) bemerkte Oppermann, dass es in Deutschland „natürlich keine Paralleljustiz“ geben dürfe. Aber man müsse auch „nicht auf jede Provokation hereinfliegen“. Grundsätzlich gelte es, allen salafistischen Bestrebungen den Boden zu entziehen. Die Politik in Deutschland müsse klare Grenzlinien ziehen, dass es für Salafismus keine Grundlagen gebe. „Wir müssen aber auch schauen, dass diejenigen jungen Menschen, die sich von diesen Ideologien ansprechen lassen, andere Perspektiven bekommen, als sich von salafistischen Organisationen rekrutieren zu lassen“, erklärte Oppermann. Darum bedürfe es eines Programms, das solche Jugendlichen anspricht und ihnen andere Perspektiven vermittelt, etwa auf dem Arbeitsmarkt. Oppermann: „Es darf hier keine Scharia-Polizei geben“. Gleichwohl sehe er momentan keinen gesetzlichen Handlungsbedarf.

Gefahr durch IS

Zur Bedrohung durch die IS-Kämpfer im Irak sagte Oppermann, dass sich mehrere hundert deutsche Dschihadisten im Irak an den Massakern beteiligten. Kämen die zurück, drohten auch hier Anschläge. „Alle Sicherheitsbehörden müssen wachsam sein“, mahnte Oppermann. „Wir brauchen einen genauen Überblick, welche Bewegungen es bei uns hier gibt“. Man müsse sich auch in Deutschland darauf einstellen, dass die IS-Kämpfer für uns eine Gefahr werden können.

Oppermann erklärte, dass die Bundesregierung ihren Beitrag zur Stabilisierung im Irak geleistet habe, in Form von Nothilfen für die kurdische Regionalregierung. Es brauche aber mehr Maßnahmen, den IS zurückzudrängen. Auch Katar und Saudi-Arabien müssten vor Ort miteingebunden werden.

AUSENPOLITIK/VERTEIDIGUNG**SPD-Fraktion stimmt Hilfen für Irak zu**

Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) massakriert die Menschen im Irak und in weiteren Ländern. Hunderttausende sind auf der Flucht. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt humanitäre Hilfen für den Nordirak und billigt auch Waffenlieferungen. Am 1. September haben

die Abgeordneten des Bundestags in einer Sondersitzung über Unterstützungsleistungen für die Kurden debattiert.

Die mörderische Organisation Islamischer Staat (IS) terrorisiert in einem nie dagewesenen Maße die Bevölkerung des Irak. Seit Juni dieses Jahres sind große Teile der sunnitischen Gebiete Iraks der Kontrolle der Zentralregierung entglitten. Der IS kämpft sich immer weiter vor, eroberte zeitweilig den Mosul-Staudamm. Auch Truppen der kurdischen Regionalregierung (Peschmerga) konnten dem IS keinen Einhalt gebieten. Mehr als 200.000 Menschen – darunter Christen, Turkmenen und Jesiden – mussten fliehen. 50.000 Jesiden flohen in die Sinjar-Berge und wurden eingekesselt von IS-Kämpfern. Andere wurden ermordet oder versklavt.

Die Vereinten Nationen (UN) schätzen, dass es mehr als 1 Million Binnenvertriebene im Irak gibt. Und der IS ist mächtig, finanziell sehr gut aufgestellt. Mit seinem Vorrücken ist die staatliche Einheit Iraks in Gefahr, Auswirkungen auf die Türkei sind nicht auszuschließen.

Vor diesem Hintergrund und in Absprache mit den europäischen Außenministern hat die Bundesregierung den Beschluss gefasst, neben humanitärer Hilfe auch militärisches Gerät an den Irak zu liefern. Es geht um eine Nothilfe, die dem Schutz von Leib und Leben dient.

Gewissensentscheidung für Abgeordnete

Ein Bundestagsmandat ist für den Einsatz zwar nicht nötig, dennoch debattierten die Abgeordneten Anfang September über die humanitären Hilfen und Waffenlieferungen. Beschlossen wurde ein Antrag der Koalitionsfraktionen, in dem der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Bundesregierung zusammen mit den europäischen Partnern ein umfassendes Unterstützungspaket für die irakische Zentralregierung und die Regionalregierung Irak-Kurdistan beschlossen hat.

SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sagte vor der Plenarsitzung: „Die Gefahr, dass der Völkermord fortgesetzt wird und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Nordirak weitergehen, ist für mich größer als das Risiko, dass die Waffen in falsche Hände geraten“. Die Abstimmung sei für jeden Abgeordneten aber ganz klar eine Gewissensentscheidung.

Besonders wichtig ist für die SPD-Fraktion, dass schnell und entschlossen humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wurde und dass die Bundesregierung diese Mittel gegebenenfalls weiter aufstocken wird.

Der Bundestag forderte die Regierung auf, sich weiterhin für die Bildung einer inklusiven Regierung im Irak einzusetzen und den politischen Prozess zur Einbindung aller Volksgruppen im Irak zu unterstützen (Drs. 18/2459).

Den Konflikt politisch lösen

Die Abgeordneten der SPD-Fraktion haben sich die Entscheidung, den Waffenlieferungen an den Nordirak zuzustimmen, nicht leichtgemacht. Einige betrachten dies mit großer Skepsis, da die Waffen möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt in einem innerirakischen Konflikt zwischen den drei großen Volksgruppen zum Einsatz gebracht werden könnten oder an andere Gruppen missbräuchlich gelangen könnten. Einig sind sich die Abgeordneten indes, dass der Konflikt politisch gelöst werden und die humanitäre Hilfe im Vordergrund stehen muss.

Thomas Oppermann sagte vor dem Parlament, es sei „nicht angemessen“, angesichts der Situation im Irak, nur passiv zuzuschauen. Das „grausame Drama“ im Irak sei „ohne Beispiel“. Oppermann: „Wir müssen helfen!“ Die humanitäre Hilfe müsse massiv ausgeweitet werden. Die bis dato veranschlagten 50 Millionen Euro dafür würden steigen. „Die SPD-Fraktion wird darauf achten, dass die Summe für humanitäre Hilfe immer höher ist als für militärisches Gerät“, konstatierte Oppermann. Er bekundete Respekt für die Kurden, die sich den Terrormilizen mutig entgegenstellten.

Oppermann wies darauf hin, dass es sich bei den Waffenlieferungen um eine Nothilfe handele und nicht um kommerziellen Kriegswaffenexport.

Letztlich gehe es hier um eine Abwägung, vollkommene Sicherheit – auch in Bezug auf Waffen – könne es nicht geben. Die politischen Grundsätze für Rüstungsexporte blieben davon selbstverständlich unberührt. Auch weiterhin werde Deutschland keine Waffen in Kriegsgebiete liefern.

Auch deutsche Staatsbürger bedroht

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Niels Annen betonte, dass der IS-Konflikt auch Deutschland betreffe; auch deutsche Staatsbürger seien in Gefahr. Er wies auf die gigantischen Flüchtlingsströme hin, Deutschland müsse hier helfen. Mit Blick auf Waffenlieferungen sagte Annen: "Die Menschen im Irak benötigen ein sicheres Umfeld". Der IS sei nicht unbesieglbar. Dazu sei ein politischer Prozess vonnöten.

Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher, sagte im Plenum, die Menschen im Irak müssten die Chance bekommen, sich wehren zu können, darum stimme er den Waffenlieferungen zu. Schwabe machte zugleich deutlich, dass es nötig sei, die humanitären Hilfen zu verstärken und die Mittel zu erhöhen. Zudem müsse Deutschland bereit sein, mehr Flüchtlinge aufzunehmen.

"Diese Krise hat Europa und Deutschland längst erreicht", stellte der verteidigungspolitische Sprecher Rainer Arnold klar. Kein Land allein könne den islamistischen Terror besiegen, darum sei es wichtig, dass Deutschland verlässlich sei. Das sei, so Arnold, nicht zuletzt im eigenen sicherheitspolitischen Interesse. "Die Region brennt sonst lichterloh." Die IS-Miliz sei so brutal, dass dies ein Weckruf für die Staatengemeinschaft sein müsse, den Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Es sei wichtig und richtig, die örtlichen Sicherheitsstrukturen im Irak zu unterstützen.

Bei der Abstimmung im Bundestag stimmte die SPD-Bundestagsfraktion bei einigen Gegenstimmen den Hilfen für den Irak zu.

UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Der NSA-Skandal darf nicht ohne Folgen bleiben

Der SPD-Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss Christian Flisek erläuterte vor Vertreterinnen und Vertretern der Medien nach der Sommerpause die Agenda für die Ausschussarbeit. Zunächst wird es um die Kooperation der deutschen Dienste mit denen der Five-Eyes-Staaten (USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland) gehen.

Bereits am 11. September unterrichtete Generalbundesanwalt Range die Mitglieder des NSA-Untersuchungsausschusses über das Ermittlungsverfahren zu dem BND-Mitarbeiter Markus R. Markus R. soll weitreichende Informationen an die USA geliefert haben. Dazu soll er insgesamt 218 Dokumente weitergeleitet haben, aus denen auch hervorgehen soll, dass der BND Gespräche von US-Außenministern aufgezeichnet hat. Neben dem NSA-Untersuchungsausschuss ist mit der Aufklärung dieses Falls vor allem das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) befasst.

Information über Gespräche mit befreundeten Geheimdiensten

Außerdem informierte am 11. September der für die Geheimdienste zuständige Staatssekretär im Kanzleramt, Klaus-Dieter Fritsche, den Untersuchungsausschuss im Rahmen einer Beratungssitzung über seine Gespräche mit den befreundeten Geheimdiensten. Bei den

Gesprächen ging es um das Verfahren der Dokumentenvorlage für die parlamentarische Aufklärungsarbeit in Deutschland, wenn diese die Arbeit der jeweiligen Geheimdienste berührt.

Der Untersuchungsausschuss bleibe bei seiner Haltung, dass die Bundesregierung in Einzelfällen zur Aktenvorlage Abwägungen vorzunehmen habe, erläuterte Flisek. Wenn also ein befreundeter Geheimdienst nicht seine Zustimmung zur Vorlage des Dokuments erteile, dann müsse die Bundesregierung dennoch selbst abwägen, ob der Untersuchungsausschuss die Dokumente erhalte oder nicht. Diese Entscheidung werde dann vom Untersuchungsausschuss geprüft, so Flisek. Die parlamentarischen Kontrollrechte dürften nicht ausgehebelt werden.

Flisek ist sich sicher, dass ein praktikables Verfahren für die Dokumentenvorlage gegenüber dem Untersuchungsausschuss mit der Bundesregierung gefunden werde.

Snowden bleibt Schlüsselfigur

In Bezug auf eine mögliche Zeugenvernehmung von Edward Snowden erklärte Flisek, dass auf Grund der veränderten Aufenthaltsbedingungen von Snowden in Russland – die wohl weniger restriktiv seien – eine erneute Anfrage gestellt werde. Snowden sei nach wie vor eine Schlüsselfigur. Die ablehnende Haltung der Bundesregierung in Bezug auf die Vernehmung Snowdens bestehe jedoch weiterhin.

In der Sommerpause habe man einen Arbeitsplan für den Untersuchungsausschuss erstellt, um den Fragenkatalog des Einsetzungsantrages abzuarbeiten, sagte Flisek. Dieser sieht fünf Pakete vor:

1. Im Herbst bis zum Jahresende wird es darum gehen, wie die deutschen Dienste mit den Diensten der sog. Five-Eyes-Staaten (USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland) kooperiert haben. Dabei werden auch die Vorgänge in Bad Aibling eine Rolle spielen. Dort soll der BND Kommunikationsdaten z. B. aus Afghanistan und Somalia aufbereitet und an die NSA weitergeleitet haben. Deshalb wird der dortige Dienststellenleiter unter anderem als Zeuge geladen. Außerdem wird es um das Anzapfen des Datenknotens Frankfurt gehen sowie um das Thema „Ringtausch“, wonach deutsche Dienste z. B. Daten für amerikanische Dienste gesammelt und weitergeleitet hätten und umgekehrt, um die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen.
2. Danach wird es um die Spionagetätigkeit und die Kommunikationsüberwachung durch den NSA und weitere Dienste gehen. Dabei soll auch geklärt werden, inwieweit deutsche Dienste oder Regierungsstellen die „Augen zgedrückt“ oder nichts gewusst haben. Außerdem wird überprüft, wie gut die deutsche Spionageabwehr funktioniert. Das berührt das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Militärischen Abschirmdienst (MAD), das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), den Bundesdatenschutzbeauftragten und den Geschäftsbereich des Generalbundesanwaltes.
3. Der Untersuchungsausschuss wird das qualitative und quantitative Ausmaß der nachrichtendienstlichen Tätigkeiten der Five-Eyes-Staaten in Deutschland bilanzieren. Was wurde überwacht? Was ist gezielt durch gesetzliche Verpflichtungen US-amerikanischer IT-Konzerne und Telekommunikationsunternehmen erfolgt? Auch das Thema Wirtschaftsspionage wird erneut behandelt werden. Zudem wird es darum gehen, wie diplomatische Einrichtungen (Botschaften und Konsulate etc.) auf deutschem Boden für Spionagetätigkeiten genutzt werden. Und es wird geprüft, in welchem Ausmaß die deutsche Exekutive, Legislative und Judikative ausspioniert wurden.

4. Es soll geklärt werden, ob die jeweilige Bundesregierung ihren Aufklärungs- und Informationspflichten vor allem gegenüber dem Parlament nachgekommen ist.
5. Empfehlungen für eine Reformagenda hinsichtlich gesetzlicher Regelungen und der nationalen Geheimdienste sollen ausgearbeitet werden. Dazu soll geprüft werden, ob die Rechtsgrundlagen noch zeitgemäß sind und wie Änderungen technisch umgesetzt werden sollen. Außerdem wird eine effektivere parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste im Fokus stehen.

Höchste Standards für geheimdienstliche Operationen setzen

Der NSA-Skandal dürfe nicht ohne Folgen bleiben, sagte Christian Flisek. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sei es wichtig, dass die deutschen Geheimdienste auf dem Boden der Legitimität arbeiteten. Sie sollten „so etwas wie Legitimitätsweltmeister werden“, so Flisek. Es sollten die höchsten Standards gesetzt werden, die ein demokratischer Staat bei der Operation seiner Geheimdienste ansetzen könne. Damit könne Deutschland dann auch in internationale Verhandlungen gehen.

Vor der Sommerpause im Jahr 2015 wird der NSA-Untersuchungsausschuss einen Zwischenbericht vorlegen.

FRAKTION

SPD-Fraktion erörtert anstehende Vorhaben

Zwei Tage lang ist die SPD-Bundestagsfraktion Anfang September in Hamburg in Klausur gegangen, um über die anstehenden Projekte zu debattieren und ihr weiteres Vorgehen zu planen. Dabei tauschte sie sich unter anderem mit Hamburgs Erstem Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) aus.

Zum Abschluss skizzierte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann die wichtigsten Themen des Treffens: Wohnungsbau, Sterbehilfe und die Zukunft der Nachrichtendienste.

Es sei offenkundig, dass es vor allem in Metropolregionen zu wenig bezahlbaren Wohnraum gebe, stellte Oppermann fest. In erster Linie müsse massiv mehr gebaut werden; es helfe aber auch, wenn alle Seiten, Investoren, Verbände, Politik und Gewerkschaften, enger zusammenarbeiten würden. Zum zweiten müsse verhindert werden, dass es zu exzessiven Mietsteigerungen komme, wie es schon in einigen Großstädten zu beobachten sei.

Die SPD-Fraktion wolle mit Maßnahmen wie der Mietpreisbremse diese Exzesse eindämmen. Gleichzeitig gelte es aber, Investitionen nicht auszubremsen.

Als weitere Maßnahme werde das Maklerprinzip verändert: Wer einen Makler bestellt, der muss ihn auch bezahlen. Auch das entlastet Mieter.

Zum NSA-Untersuchungsausschuss erklärte Oppermann, es gehe nicht nur um die Rolle der CIA und des britischen Dienstes GCHQ, sondern auch um die Arbeit der deutschen Dienste. Es gelte, rechtliche Maßnahmen zu erarbeiten, die auch international Anwendung finden könnten. Dazu müsse aber geklärt werden, welche exakten rechtlichen Befugnisse die deutschen Dienste haben bei der Überwachung. „Nur dann sind internationale Verhandlungen erfolgreich“, sagte Oppermann. Die internationale Massenüberwachung müsse „in die Grenzen rechtsstaatlicher Ordnung“ zurückgedrängt werden.

Er ist davon überzeugt, dass der Ausschuss gegebenenfalls auch ohne den Zeugen Edward Snowden erfolgreich aufklären werde.

Keine gewerbliche Sterbehilfe

Die Debatte um die Sterbehilfe schließlich sei ethisch geprägt und von der Fraktion mit größter Ernsthaftigkeit geführt worden. Es sei klar, dass es nicht zu einer gewerblichen, kommerziellen Sterbehilfe kommen dürfe. Andererseits, wer aufgrund von Schmerzen und Depression am Ende seines Lebens den Wunsch nach dem Tod hege, dürfe nicht kriminalisiert werden.

Es sei umso wichtiger, die Palliativmedizin (Schmerzmedizin) deutlich zu verbessern, etwa bei ambulanter Pflege.

Im Bundestag seien die Abgeordneten in dieser Frage nur ihrem Gewissen verpflichtet, es werde keinerlei Fraktionsdisziplin geben. Das Parlament wird sich 2015 ausführlich mit dem Thema befassen.

GEBURTSTAG

SPD-Fraktion wird 65 Jahre alt

Am 31. August 1949 gründete sich die SPD-Bundestagsfraktion. Ihr erster Vorsitzender Kurt Schumacher prägt das Selbstbild der Abgeordneten bis heute: nicht nur plumpe Opposition, sondern kritisch und konstruktiv sein. Ein kleiner Blick auf die Geschichte.

Deutschland litt noch unter den Kriegsfolgen als am 14. August 1949 die ersten Wahlen zum Deutschen Bundestag stattfanden. Das Grundgesetz war erst wenige Monate alt und musste sich als echte Verfassung noch bewähren.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands holte bei diesen Wahlen rund 29 Prozent. Etwas weniger als CDU/CSU. Als zweitstärkste Kraft im neuen Parlament war es demnach Aufgabe der SPD, den Oppositionsführer zu stellen. Die Wahl fiel bei der konstituierenden Sitzung der Fraktion am 31. August 1949 auf Kurt Schumacher. Seine Stellvertreter wurden Erich Ollenhauer und Carlo Schmid.

Schumacher war bereits seit 1946 Parteivorsitzender der SPD, der er seit 1918 angehörte. Der Preuße war promovierter Rechtswissenschaftler und mit Leib und Seele Politiker. Er galt als leidenschaftlicher Kämpfer und strikter Gegner der SED. Schumacher war unbestritten eine der ganz großen Figuren im Nachkriegsdeutschland.

Unter seiner Ägide entwickelte sich die SPD-Bundestagsfraktion zu einer selbstbewussten, aber auch loyalen und disziplinierten Oppositionsfraktion, die Kanzler Adenauer und den Regierungsfractionen deutlich entgegentrat. Doch für Schumacher war es nicht in erster Linie entscheidend, mit viel Polemik Oppositionspolitik zu betreiben, sondern mit eigenen Konzepten und Initiativen allzeit bereit zu sein, die Regierung zu übernehmen. Damit hinterließ er sein wichtigstes Vermächtnis für die parlamentarische Demokratie und die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die Fraktion der SPD im Bundestag wird nun 65 Jahre alt.

Geführt wurde sie von Persönlichkeiten wie Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel, Uli Klose oder Peter Struck, um nur einige zu nennen.

Debattieren um die Sache

In den vergangenen Jahrzehnten war die Geschichte der SPD-Fraktion wechsellvoll, von großen Erfolgen und auch Niederlagen geprägt. Um Entscheidungen wurde oft gerungen, es wurde leidenschaftlich debattiert, aber stets um die Sache: Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Die Abgeordneten waren sich dabei immer ihrer Tradition bewusst: Anfang der 1930er-Jahre war es die SPD-Reichstagsfraktion gewesen, die als einzige gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmte.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützte die Außenpolitik Willy Brandts ebenso wie den Einigungsprozess und die innenpolitischen Reformen, die unter dem legendären Motto "mehr Demokratie wagen" (Brandt) standen. In all den Jahrzehnten bildeten die SPD-Abgeordneten sowohl konstruktive Oppositions- wie kritische Regierungsfractionen. Zur eigenen Haltung gehört dabei das so genannte Struck'sche Gesetz (benannt nach dem verstorbenen Fraktionschef Peter Struck), demzufolge keine Vorlage den Bundestag so verlässt wie sie eingebracht wurde.

Den sozialdemokratischen Parlamentariern ist es zu verdanken, dass das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, die Arbeitnehmerrechte in Deutschland massiv gestärkt wurden, die Sozialversicherungssysteme ausgebaut wurden, das Bafög eingeführt und der Ausstieg aus der Atomenergie eingeleitet wurde.

An dieser Stelle sei auch erwähnt, dass mit Annemarie Renger, die zuvor Büroleiterin von Kurt Schumacher war, erstmals 1972 eine Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages wurde.

Motor der Regierung

Deutschlands Zukunft zu gestalten war für die SPD-Fraktion nie nur leere Phrase, sondern Ansporn. Bis heute sorgen die Sozialdemokratinnen und -demokraten dafür, dass das Land gerechter und moderner wird.

Auch in der Großen Koalition ist die SPD-Bundestagsfraktion unter Fraktionschef Thomas Oppermann der Motor der Regierungsarbeit. Auf ihr Betreiben hin wird endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt, die Rente ab 63 Jahren nach 45 Beitragsjahren und die doppelte Staatsbürgerschaft. Viele weitere Projekte folgen.

In dieser Legislaturperiode sitzen 193 Abgeordnete für die SPD im Parlament – der Frauenanteil und der Anteil von Abgeordneten mit ausländischen Wurzeln ist so hoch wie nie zuvor. Darauf ist die Fraktion stolz.

Denn, um den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering zu zitieren: „Das höchste Maß an demokratisch legitimerter Macht ist der gewählte Abgeordnete. Haltet mir die gewählten Abgeordneten hoch!“

GEDENKEN

Bundestag erinnert an Ausbruch des Zweiten Weltkriegs

Am 1. September 1939 überfiel, ohne vorherige Kriegserklärung, die deutsche Wehrmacht Polen. Damit begann vor 75 Jahren der Zweite Weltkrieg, der bis 1945 in Europa wütete und Millionen Menschen das Leben kostete. An den Ausbruch dieser Katastrophe erinnerte am 10. September der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde. Als Gastredner war auf Einladung des Parlaments der polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski nach Berlin gekommen.

Bronislaw Komorowski, seit 2010 polnischer Staatspräsident, ist bereits seit vielen Jahren besonders engagiert in der deutsch-polnischen Aussöhnung. Bereits während seiner vorangegangenen Amtszeit als Präsident des polnischen Parlaments, dem sogenannten Sejm, gab es einen regelmäßigen Austausch mit seinem deutschen Amtskollegen Norbert Lammert (CDU).

Deutsch-polnische Freundschaft wie ein Wunder

Dieser eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die Gedenkstunde, die an den deutschen Überfall auf Polen erinnerte. Mit ihm begann der Zweite Weltkrieg, der sechs Jahre dauern sollte und noch Jahrzehnte in Europa nachwirkte. Bundestagspräsident Norbert Lammert erinnerte dabei besonders an die zahllosen persönlichen Schicksale, die viele Familien bis heute prägen. Besonders Polen habe unter dem Krieg gelitten, auch die Familie von Komorowski war betroffen. Daher grenze es für Lammert an ein „Wunder“, dass gerade Polen und Deutsche heute nicht nur Nachbarn seien, die sich vertragen, sondern Freunde, die sich mögen.

Auch der polnische Staatspräsident unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der deutsch-polnischen Aussöhnung. Vor allem über die „außergewöhnliche Gegenwart“, in der junge Polen und Deutsche gemeinsam lernten und arbeiteten, zeigte er sich erfreut. Die enge Verbundenheit in den 25 Jahren seit dem Fallen des Eisernen Vorhangs sei einmalig in der Geschichte der beiden Länder, die über Jahrhunderte – vor allem für Polen – unheilvoll verlief und an die beide Redner erinnerten.

Der 62-jährige Pole erwähnte dabei auch die Solidarnosc-Bewegung in Polen sowie die friedlichen Demonstrationen in der ehemaligen DDR. Zwei Bewegungen, die nicht nur viel Sympathie füreinander hatten, sondern auch Einfluss aufeinander nahmen. Mit vielen anderen Mitstreiterinnen und Mitstreitern hätten sie gemeinsam die Freiheit in Europa und dessen Einheit ermöglicht. „Was die Europäer verbindet, ist die Überzeugung, dass die Würde des Menschen unveräußerlich ist“, sagte Komorowski.

Zusammenstehen in Krisenzeiten

Freiheit und die Würde des Menschen, Werte die es stets zu verteidigen gilt. In beiden Ansprachen kam daher nicht nur die Vergangenheit zur Sprache. Gerade die aktuellen Herausforderungen, vor denen Polen und Deutschland sowie ganz Europa stehen, standen im Mittelpunkt der Reden. 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten und 75 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges schockieren täglich Meldungen über Gewalt aus Syrien, dem Nahen Osten, aus dem Irak und der Ukraine. Vor diesem Hintergrund forderte Komorowski eine „deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft“, in der gemeinsam Antworten auf diese Gefahren zu finden sind und die die Freiheit Europas verteidigt. Er betonte gleichzeitig, dass diese Verantwortung nicht an den Grenzen der Europäischen Union ende. Vor allem das transatlantische Bündnis müsse weiter gestärkt werden, um Werte wie Menschenwürde, Freiheit und Demokratie zu verteidigen – sei es in Syrien, dem Irak und vor allem auch in der Ukraine.

Zum Abschluss der Gedenkveranstaltung wurde die Europahymne gespielt.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>